Bayern SPD
Bayern, aber gerechter.

Für ein aktives Altern

Ein Aktionsplan

Der Europäische Rat hat das Jahr 2012 zum "Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen" ausgerufen. Damit soll die Schaffung einer Kultur des aktiven Alterns in Europa erleichtert werden. Das wiederum heißt, dass man sich den Folgen des demografischen Wandels bewusst werden muss. Ältere werden in der Gesellschaft wieder verantwortungsvolle gesellschaftliche und politische Aufgaben wahrnehmen müssen. Sie sind dazu bereit.

11. Juli 2012

(Beschluss der SPD-Landtagsfraktion)

Verfasser:

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Dr. Thomas Beyer

Lukas Graf

Prof. Dr. Walter Rehberg

Christa Steiger

Gliederung

1. Altersbilder

2. Arbeit

2.1 Arbeit und ihre Bedeutung für den Menschen

2.2 Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Gesellschaft

2.3 Bedeutung und Wert älterer Arbeitnehmer

2.4 Schaffung alters- und altengerechter Arbeit

2.5 Flexibilisierung der Altersgrenze

3. Aktiv im Alter leben

3.1 Aktive Lebensgestaltung

3.1.1 Ehrenamt

3.1.2 Gesellschaftliche Partizipation und Mobilität

3.2 Wohnen im Alter

4. Pflege und Pflegefallvermeidung

4.1 Prävention

4.2 Ambulant vor Stationär

5. Aktionsplan

6. Zusammenfassung

1. Altersbilder

- Wir brauchen positive Altersbilder.
- Die Einbindung älterer Bürgerinnen und Bürger in allen gesellschaftlichen Bereichen ist der Schlüssel zu positiven Altersbildern.

Bei uns hat Alter Zukunft. Unter diesem Aspekt nehmen wir die Herausforderungen des demografischen Wandels an und begreifen die Gesellschaft des längeren Lebens als eine Chance. Eine Chance, für längere Aktivität, für Gesundheit und Lebensfreude.

Hierbei spielen die Wahrnehmung und die Bilder, unter denen die Gruppe der Älteren gesehen werden, eine wichtige Rolle. „Altersbilder sind individuelle und gesellschaftliche Vorstellungen vom Alter“ (Sechster Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland). Sie haben Auswirkungen auf das Zusammenleben der Generationen und auf die Lebenschancen älterer Menschen. Altersbilder beeinflussen die Art und Weise, wie man mit älteren Menschen umgeht. Sie können persönliche Entwicklungsmöglichkeiten einschränken, wenn sie starr festlegen, was Menschen in einem bestimmten Lebensalter zu sein und zu tun haben. Es werden gesellschaftliche Realitäten geschaffen, die in Widerspruch zu den individuellen Fähigkeiten und Bedürfnissen Älterer stehen.

Ältere können nicht über einen Kamm geschoren werden. Die Lebenslinien sind vielfältig und verschieden. Die Gruppe der Älteren vereinigt in sich die größten persönlichen Unterschiede, denen man in der Gesellschaft begegnen kann. Man darf daher die Gruppe der Älteren nicht nach vorurteilsbeladenen Altersbildern beurteilen. Alter ist leider immer noch mit negativen Begriffen verbunden, Jugend mehr mit positiven. Ältere Menschen werden insgesamt negativer als jüngere Menschen bewertet.

Negative Altersbilder tragen dazu bei, dass Potenziale von älteren Menschen nicht genutzt werden. Dies hat Auswirkungen auf die Beschäftigungschancen älterer Mitbürger, auf deren soziale Teilhabe und damit auf deren gesellschaftliche Partizipation. Solidarität zwischen den Generationen erfordert daher eine kritische Reflektion persönlicher und gesellschaftlicher Vorstellungen vom Alter.

Der sechste Altenbericht macht deutlich, dass die dominierenden Altersbilder in den zentralen Bereichen der Gesellschaft - etwa in der Arbeitswelt, der Bildung, der Wirtschaft, der Politik, beim Zivilengagement oder in der medizinischen und pflegerischen Versorgung - der Vielfalt des höheren Alters häufig nicht gerecht werden. Die gegenwärtig vorherrschenden Altersbilder sind immer noch von Krankheit und Defiziten geprägt. Der Bericht

unterstreicht, welche Bedeutung den Potentialen älterer Menschen bei der Bewältigung der demografischen Herausforderung zukommt und welch wichtige Rolle in diesem Zusammenhang Altersbilder spielen.

Nach dem sechsten Altenbericht muss eine alternde Gesellschaft sicherstellen, dass die besondere Verletzlichkeit des höheren Alters nicht mit einer Abwertung des betroffenen Menschen einhergeht, dass auch in diesen Lebenssituationen soziale Teilhabe ermöglicht und die Würde des Menschen nicht missachtet wird. Damit die mit dem demografischen Wandel einhergehenden Herausforderungen bewältigt werden können, werden ältere Menschen in Zukunft stärker als heute Verantwortung für sich selbst und für andere übernehmen müssen. Sie müssen als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft an deren Aufgaben beteiligt werden.

In der Politik, in der Wirtschaft, in allen Lebensbereichen, aber vor allem in der medialen Kommunikation muss künftig mehr Betonung auf die Darstellung der Stärken älterer Menschen gelegt werden. Gerade den Medien kommt hier eine besondere Rolle bei der Entwicklung eines positiven Altersbildes zu.

2. Arbeit

- Arbeit muss auf die Lebensphasen Rücksicht nehmen.
- Ältere sind nicht weniger, sondern anders leistungsfähig.
- Die berufliche Weiterbildung der Arbeitnehmer und die Schaffung eines alters- und altengerechten Arbeitsplatzes durch den Arbeitgeber harmonisieren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen.
- Altersgrenzen müssen flexibler gestaltet werden.
- Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf Ruhestand mit einer angemessenen Versorgung.

2.1 Arbeit und ihre Bedeutung für den Menschen

Die individuelle Vielfalt Älterer verlangt eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem Themenbereich Arbeit. Diese kann integraler Bestandteil des Lebens sein, in dem Arbeitspflichten und persönliche Interessen weitestgehend übereinstimmen. Es gibt natürlich

auch genügend Fälle, in denen die Arbeit nur die ökonomische Grundlage des Lebens darstellt. In diesem Fall liegen die Arbeitspflichten und die persönlichen Interessen weit auseinander.

Aber in beiden Fällen gehen die Anforderungen an Politik und Wirtschaft über die bloße Schaffung von Arbeitsplätzen hinaus. Nicht nur die Anpassung der Arbeit an die Lebensumstände, sondern weitere Faktoren tragen dazu bei, die Erwerbstätigkeit zu einem angenehmen Lebensabschnitt zu machen. Damit Arbeit befriedigend ist, muss sie angemessen bezahlt sein, Planungssicherheit und Entwicklungsmöglichkeiten bieten, Fleiß und Engagement honorieren, gesundheitsverträglich und abwechslungsreich sein, Zeit für Ruhe und Erholungsphasen bieten und in einem angenehmen Umfeld stattfinden. Dieses gilt für Arbeitnehmer in allen Lebensphasen, insbesondere für die Älteren.

2.2 Ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der Gesellschaft

Unser Gesellschaft ist geprägt durch den Begriff der Leistungsfähigkeit ihrer Mitglieder. Wer im Arbeitsprozess integriert ist, gilt als leistungsfähig und noch nicht als alt. Wer Rente bezieht, und damit nicht mehr in den wirtschaftlichen Gewinnschöpfungsprozess eingebunden ist, wird oft unreflektiert als alt betrachtet. Alter wird somit in erster Linie aus den herrschenden gesellschaftlichen Anschauungen der ökonomischen Leistungsfähigkeit heraus definiert. Das wird dem höheren Alter nicht gerecht und verkennt die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Potentiale älterer Mitbürger.

Die Arbeit kann zu den zentralen, sinnstiftenden Faktoren im Leben gehören. Wenn die Voraussetzungen für eine befriedigende Arbeit, auch im höheren Alter, gegeben sind, wird sie integraler Teil des menschlichen Lebens und kann Körper und Geist fit halten.

Wer hingegen seinen Arbeitsplatz verliert, durchlebt nicht selten eine Sinnkrise. Das eigene Selbstwertgefühl leidet darunter. Schließlich zählt in unserer Leistungsgesellschaft nur der Output und seine Bezahlung. Auch die soziale Integration ist eng mit dem Erwerbsstatus verknüpft. Es sind zahlreiche Auswirkungen, die die Arbeit auf den Menschen und sein Leben hat. Mit dem Übergang in den Ruhestand kann ein Teil dieser positiven Auswirkungen verloren gehen. Durch das Ausscheiden aus dem Arbeitsleben verändert sich das Leben der Betroffenen. Die bis dahin gekannte Strukturierung des Alltags und die gesellschaftliche Eingebundenheit durch die Arbeit gehen verloren.

2.3 Bedeutung und Wert älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Das Wissen der Mitarbeiter stellt einen der wichtigsten Vermögenswerte eines Unternehmens dar. In Zukunft werden diejenigen Unternehmen im globalen Wettbewerb besser

bestehen, denen es gelingt, sich das Wissen und die Erfahrung der älteren Beschäftigten nutzbar zu machen. Waren früher 70% unserer Wirtschaftsleistung durch den Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit bestimmt und nur 30% durch Kapital, entfallen jetzt 70% auf Wissen und Kapital und nur noch 30% auf traditionelle Arbeit. Wissen wird zur Wirtschaftsmacht.

Ältere Arbeitnehmer werden daher in Zukunft eine wichtige Rolle in der Personalplanung der Unternehmen spielen. Nicht nur der Fachkräftemangel und die zu geringe Anzahl an Nachwuchskräften werden zu der Überlegung führen, verstärkt auf die Arbeitskraft älterer zu setzen, sondern auch die individuellen Fähigkeiten und der Erfahrungsschatz der Älteren, die, gepaart mit den richtigen Förderelementen, das so wertvolle Humankapital darstellen. Die richtige Interpretation des Alters (alt ist nicht gleich krank) und die Förderung der allgemeinen altersspezifischen Leistungsmöglichkeiten werden zukünftig unverzichtbare Elemente jeder Unternehmenspolitik bilden.

Leider ist jedoch der Umgang mit älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Unternehmen immer noch stark von defizitorientierten Altersbildern geprägt: Personalbeurteilungen werden auf der Basis der Vorstellung getroffen, dass die Leistungsfähigkeit im Alter nachlässt und damit Leistungsergebnisse an Qualität verlieren. Dabei gibt es nur einen geringen oder gar keinen Zusammenhang zwischen Lebensalter und beruflicher Leistungsfähigkeit. Die im Alter eintretenden Kapazitätsverluste der einzelnen Fähigkeiten werden durch Erfahrungen (im Sinne beruflichen und betriebsspezifischen Wissens), durch Fertigkeiten sowie durch Motivation ausgeglichen. Das erklärt, weshalb keine oder nur geringe Zusammenhänge zwischen Alter und beruflicher Leistungsfähigkeit erkennbar sind. So kommt der Bundesverband der Deutschen Arbeitgeberverbände zu dem Ergebnis: "Ältere sind nicht weniger, sondern anders leistungsfähig als Jüngere." Diese Potentialveränderung muss als Chance begriffen und mit den richtigen Mitteln befördert werden. "...Ältere Menschen mit und ohne Behinderung und Arbeitnehmer, die sich dem Rentenalter nähern, [sind] keine Last und im Arbeitsprozess keine Modernisierungshemmnisse [...], sondern aufgrund ihrer Erfahrung, ihrer Lebensleistung, ihres Wissens und ihrer größeren Loyalität gegenüber ihrem Arbeitsplatz ein Gewinn und eine berechenbare Größe für Wirtschaft und Gesellschaft [...];" so das Europäische Parlament in seiner Entschließung über die "Demografische Herausforderung und Solidarität zwischen den Generationen".

2.4 Schaffung alters- und altengerechter Arbeit

Technische Entwicklungen verändern in beschleunigtem Maße Anforderungen an Arbeitsplätze. Dadurch reduziert sich die Gültigkeitsdauer von Kenntnissen und Wissen. Für die Unternehmen ist es jedoch essentiell, mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten, um die Innovationsfähigkeit nicht zu verlieren.

Hierbei spielt es eine große Rolle, dass oft bei älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Verhältnis zwischen Arbeitsanforderungen und individuellem Leistungsvermögen nicht mehr stimmt. Daher muss zum einen die Weiterqualifizierung von Mitarbeitern aller Altersgruppenverstärkt werden. Das Unternehmen muss dafür Sorge tragen, dass allen Angestellten Zeit und Möglichkeiten gegeben wird, mit der Entwicklung Schritt zu halten. In Maßnahmen zur Weiterbildung aller Altersgruppen vereinigen sich die betriebswirtschaftlichen Interessen mit den Interessen der Arbeitnehmer. Die Weiterbildungsmaßnahmen müssen zum Ziel haben, Arbeit, Arbeitsplatz und Umfeld so zu gestalten, dass eine befriedigende Arbeitssituation für jeden Arbeitnehmer, gleich welchen Alters, entsteht. Leider erreicht in der beruflichen Weiterbildung Deutschland im Vergleich mit anderen OECD-Staaten bisher regelmäßig nur einen Platz im unteren Mittelfeld. Zum anderen müssen Unternehmen darauf achten, Arbeitsplätze alters- und altengerecht zu gestalten. Gerade an Arbeitsplätzen mit hoher körperlicher Belastung können durch gezielte Maßnahmen die Belastungen für den Arbeitnehmer deutlich reduziert werden.

2.5 Flexibilisierung der Altersgrenze

Jeder Arbeitnehmer hat das Recht auf Ruhestand mit einer angemessenen Versorgung. Jeder Arbeitnehmer muss also ab einem bestimmten Alter das Recht haben, in Rente zu gehen. Altersgrenzen regeln hierfür den Zeitpunkt des legitimen und verdienten Rückzugs aus dem Erwerbsleben.

Wünschenswert wäre es, flexible, abgesicherte Übergänge in die Rente nach Wahl des jeweiligen Betroffenen zu schaffen. Dass dieses funktioniert, zeigen Finnland oder Schweden, wo sich der Arbeitnehmer frei entscheiden kann, wann er zwischen 63 und 68 in Rente geht. Dabei gilt als Schnittpunkt das 65. Lebensjahr. Geht man vorher, wird die Rente gekürzt, geht man später, wird die Rente erhöht.

Das Recht und den Willen, über diese Altersgrenzen hinaus zu arbeiten, dürfen allerdings nicht beschnitten werden. Es gibt Potentiale in der älteren Bevölkerung, die auch über eine Altersgrenze hinaus arbeiten wollen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nicht hinnehmbar, dass staatliche Regelungen, Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen oder Einzelarbeitsverträge vorschreiben, wann ein Arbeitnehmer in den Ruhestand zu gehen hat (im Gegensatz zum Freiberufler oder Politiker, die in der Regel keine Altersgrenze kennen). Jeder sollte in eigener Verantwortung und Freiheit darüber entscheiden dürfen, wie lange er arbeiten will. Es kann nicht sein, dass der Arbeitnehmer in einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat über alles entscheiden kann, nur nicht über seine Lebensarbeitszeit.

Grundsätzlich ist eine Altersgrenze, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in die Rente zwingt, abzulehnen. Altersgrenzen sind diskriminierend und beschränken die Freiheit der

Bürger im höheren Alter. Nach dem sechsten Altenbericht sollte grundsätzlich keine Altersgrenzen vorgegeben werden, es sei denn, es liegt eine besonders zu begründende Ausnahme vor. Die grundlegende Frage ist daher, ob eine Altersgrenze für die Berufstätigkeit überhaupt notwendig, sinnvoll und gerecht ist. Die Ausgrenzung Älterer aus der Arbeitswelt widerspricht dem Gerechtigkeitsgebot sowie dem Gleichbehandlungsgrundsatz und verletzt die Würde des Menschen. Arbeit dient in hohem Maße der Selbstverwirklichung. Eine (Zwangs-) Verrentung oder Pensionierung nimmt dem Betroffenen die Basis für diese Befriedigung, Sinnstiftung und Persönlichkeitsentwicklung.

Dieses hat auch die 2. Weltversammlung über das Altern in Madrid 2002 so gesehen. Eine der Grundforderungen dieser Konferenz ist, dass ältere Menschen so lange arbeiten dürfen, "wie sie dies wünschen und dazu in der Lage sind". Dieses sei ein wichtiges Instrument zur Bekämpfung der Altersdiskriminierung und zur Förderung der Würde älterer Menschen. Ausgehend von einer Vision der Gleichheit für Menschen aller Altersgruppen müsse den älteren Menschen die Möglichkeit gegeben werden, weiter einen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten durch wirksame Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben der Gesellschaft, unter anderem durch Einkommen schaffende und freiwillige Tätigkeiten.

In diesem Sinne sind grundsätzlich Altersschranken auf dem Arbeitsmarkt zu beseitigen, es sei denn, sozialpolitische Ziele oder besondere Anforderungen an die jeweilige Arbeit oder Sicherheitsgründe sprechen dagegen.

3. Aktiv im Alter

- Barrierefreiheit ist eine Voraussetzung für Mobilität im Alter.
- Das Ehrenamt muss stärker gefördert werden.
- Wohnortnahe Sport- und Freizeitangebote für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger sind auszubauen.
- Die staatlichen Mittel zur Schaffung altersgerechten und barrierefreien Wohnraums sind deutlich zu erhöhen.

Der Übergang in den Ruhestand stellt eine Zäsur in jedem Leben dar. Das darf jedoch nicht heißen, dass gesellschaftliche Partizipation und Integration mit dem Ende der Arbeitszeit ebenfalls ein Ende finden. Die Erfahrung zeigt, dass ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen

weiterhin aktiv bleiben wollen und sich vermehrt für die Gesellschaft einsetzen. Simone de Beauvoire hat es in ihrem Buch "Das Alter" treffend formuliert: "Wollen wir vermeiden, dass das Alter zu einer spöttischen Parodie unserer früheren Existenz wird, so gibt es nur eine einzige Lösung, nämlich weiterhin Ziele zu verfolgen, die unserem Leben einen Sinn verleihen: Das hingebungsvolle Tätigsein für einzelne, für Gruppen oder für eine Sache, Sozialarbeit, politische, geistige oder schöpferische Arbeit". Die Idee eines aktiven Alters hat mittlerweile in der Gesellschaft einen fruchtbaren Boden gefunden. Die Rahmenbedingungen müssen allerdings weiterhin verbessert werden. Es ist eine zentrale Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen.

3.1 Aktive Lebensgestaltung

Eine aktive Lebensgestaltung bezieht sich auf alle Bereiche des Lebens, sei es im privaten oder im öffentlichen Raum. Aktivitäten sind vielfältig und müssen daher auch differenziert gefördert werden.

3.1.1 Gesellschaftliche Partizipation und Mobilität

Eine Grundvoraussetzung für Aktivität im Alter ist die Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben (und wenn gewünscht auch am Arbeitsleben). Der regelmäßige Austausch und Umgang mit anderen Menschen bereichert das Leben jedes einzelnen. Hierfür müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein. Eine altersgerechte Infrastruktur ist genauso notwendig wie alternative Fortbewegungsmöglichkeiten bei eingeschränkter Mobilität. Hier gibt es, gerade auch im ländlichen Raum, Nachholbedarf.

Die neuen Medien, insbesondere das Internet, verändern den Alltag und schaffen Möglichkeiten zur Teilhabe und zur Kontaktaufnahme. Gerade ältere Menschen, können erheblich von den Vorteilen des Internets profitieren. Die Förderung altersgerechter Kurse schafft für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürgern neue Möglichkeiten und Wege, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen (virtuelle Mobilität).

Mobilität ist allerdings nicht nur eine Angelegenheit der Infrastruktur, sondern auch Sache gesundheitsbewusster Lebensführung. Wer gesund ist, bleibt aktiv, und wer aktiv ist, bleibt gesund. Die einfachste Möglichkeit, seine Gesundheit zu erhalten, ist eine gesunde Ernährung, regelmäßige Bewegung, kein Missbrauch von Genussmitteln und geistige Aktivität. Hierbei sind vor allem Bewegung, Spiel und Sport gerade im Alter ein wichtiger Faktor für die Gesundheit. Alle Untersuchungen stellen übereinstimmend fest, dass sich Bewegung und Sport positiv auf die motorischen Fähigkeiten , auf Ausdauer, Geschicklichkeit und Kraft auswirken. Mobilität im Alter fällt somit auch in die Eigenverantwortung.

3.1.2 Ehrenamt

In Zeiten, in denen in einigen Branchen so hohe Gehälter gezahlt werden wie nie zuvor, in denen sechs- bis siebenstellige Bonuszahlungen als Motivationshilfen vergeben werden und in denen sich die Kluft zwischen den Extremen der Gesellschaft immer weiter vergrößert, gibt es eine ungebrochene Bereitschaft eines großen Teils der Bevölkerung (36% in Bayern), sich für Mitmenschen ehrenamtlich einzusetzen. Dies verlangt, mehr als zuvor, eine neue, bessere und stärkere Wertschätzung der Menschen, die sich freiwillig und unentgeltlich für die Gesellschaft engagieren. Gerade ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger leisten hier einen herausragenden Beitrag. Das ehrenamtliche Engagement der über 65 jährigen ist in den letzten zehn Jahren am stärksten gewachsen (+ 6%). Dieses wachsende Engagement muss gefördert und angemessen honoriert werden.

3.2 Wohnen im Alter

Der Sozialbericht 2009 der Arbeiterwohlfahrt hebt hervor, dass sich gerade bei älteren Menschen das Leben und der Tagesablauf häufig auf die Wohnung und deren Umfeld konzentrieren. Beides trage zu Wohlbefinden und Teilhabe bei. Die eintretende Hilfebedürftigkeit hinsichtlich hauswirtschaftlicher und pflegerischer Dienste muss kein Grund sein, die vertraute Wohnumgebung zu verlassen. Wenn aber fehlende Barrierefreiheit, unzweckmäßige Wohngrundrisse oder ungeeignete sanitäre Anlagen das unterstützte Wohnen zu Hause unmöglich machen, ist die Übersiedlung in die stationäre Betreuung oftmals nicht mehr zu verhindern. Altersgerechten und barrierefreien Wohnraum zu entwickeln heißt demnach nicht nur, einen Beitrag zur Vermeidung vermehrter und vorzeitiger Betreuung im Heim zu leisten und damit Kosten für Angehörige, Pflegekassen und gegebenenfalls Sozialhilfeempfänger zu vermindern. Es bedeutet vielmehr, älteren Menschen so lange und so weit wie möglich Selbstständigkeit und Unabhängigkeit im vertrauten Wohnumfeld zu bewahren.

Das Kuratorium Deutsche Altenhilfe (KDA) hat im Rahmen des Forschungsvorhabens des Bundesministeriums die Wohnsituation älterer Menschen in Deutschland untersucht. Nach einer 2009 durchgeführten repräsentativen Befragung von 1.000 Seniorenhaushalten ergibt sich, dass gerade einmal fünf Prozent in Wohnungen leben, die als barrierefrei bzw. als barrierearm gelten. Nach dem KDA entspricht dies ca. 500.000 Wohnungen. Als Fazit stellt das KDA fest, dass, um für alle Seniorenhaushalte ein bedarfsgerechtes Wohnangebot sicher zu stellen, aktuell über 10 Millionen Wohnungen barrierefrei bzw. barrierearm gestaltet werden müssten. Um aber wenigstens für mobilitätseingeschränkte Ältere ein bedarfsgerechtes Wohnangebot zur Verfügung zu stellen, müssten in den nächsten Jahren mindestens 2,5 Millionen Wohnungen in Bezug auf ihre barrierefreie Gestaltung saniert werden.

Dem gegenüber hat die Bundesregierung die im Rahmen des KfW-Programms "Altersgerecht umbauen" für die alters- und behindertengerechte Anpassung des Wohnstandards bereitgestellten Mittel (2009 bis 2011 jährlich rund 80 Millionen Euro) im Rahmen des Haushaltsgesetzes 2010 auf 72 Millionen abgesenkt. Für das zum ersten Mai 2010 neu gestartete Zuschussprogramm steht nur noch eine ebenfalls um 10 Prozent auf 18 Millionen Euro gesenkte Summe im Bundeshaushalt 2010 bereit. Gerade die Ausreichung von Zuschüssen ist aber im Rahmen der Verbesserung der Wohnsituation von Älteren wichtig. Denn viele Eigenheimbesitzer sind häufig im Alter nicht mehr bereit, sich zu verschulden, oder werden leider vielfach seitens der Banken als nicht mehr kreditwürdig angesehen. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die zur Verfügung gestellten Mittel auch nicht ansatzweise ausreichen, um den durch die Sachverständigenkommission "Wohnen im Alter" ermittelten Bedarf zu decken.

4. Pflege

- In der Pflege muss den Wünschen der Betroffenen Rechnung getragen werden.
- Ambulante Pflege und hauswirtschaftliche Unterstützungsleistungen müssen stärker gefördert werden.
- Die Mittel für Prävention und Gesundheitsförderung müssen deutlich erhöht werden.

Der wirtschaftliche Aufwand für Pflegeleistungen wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten deutlich steigen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und Aufgabe, die weder der individuellen privaten Vorsorge überlassen noch ausschließlich den beitragszahlenden Arbeitnehmer/-innen aufgebürdet werden kann.

Die 1995 eingeführte gesetzliche Pflegeversicherung war daher ein wichtiger Schritt zur Absicherung des existenziellen Risikos der Pflegebedürftigkeit. Eine weitere Reform ist jedoch dringend erforderlich, um die unzureichende Pflegestufeneinteilung und die finanzielle Benachteiligung der Pflege zu Hause zu verbessern. Außerdem ist die aus der steigenden Zahl von Pflegedürftigen resultierende Finanzierungslücke zu schließen.

Aber nicht nur finanzielle, sondern auch personelle Probleme entstehen durch eine Zunahme der Pflegebedürftigen. Sowohl in der Alten- als auch in der Krankenpflege gibt es ein Defizit an qualifiziertem Personal, das sich in den kommenden Jahren noch deutlich

verschärfen wird. Um den drohenden Pflegenotstand bei der zunehmenden Zahl von Pflegebedürftigen zu vermeiden, müssen Bund und Länder gemeinsame Anstrengungen unternehmen. Nur wenn der Pflegeberuf attraktiver wird, werden mehr junge Menschen diesen Beruf ergreifen und auch dabei bleiben.

4.1 Prävention

Der Schwerpunkt der Gesundheitsförderung und der Prävention liegt immer noch vorwiegend bei der Gruppe der Kinder, der Jugendlichen, der Schwangeren und dem werdenden Kind. Höhere Altersgruppen sind bisher nicht vorrangig Ziel von Gesundheitsförderung und Prävention. Neuere Erkenntnisse der Medizin, der Sportwissenschaft, der Neuropsychologie und weitere Disziplinen weisen jedoch auf beachtliche Präventions- und Rehabilitationspotentiale im höheren Alter hin.

Der konsequente Ausbau von Präventionsmaßnahmen in allen Phasen und Bereichen des Lebens ist der wichtigste Ansatzpunkt, wenn es darum geht, Erkrankungen zu vermeiden. Angesichts veränderter Rahmenbedingungen in den sozialen Sicherungssystemen ist die Vermeidung von Krankheits- und Krankheitsfolgekosten von größter Bedeutung. Herausforderungen wie zunehmende chronische Erkrankungen, der Anstieg psychischer Krankheiten und die Zunahme von Demenzerkrankungen können durch eine verstärkte Prävention und Gesundheitsförderung verhindert oder zumindest hinaus gezögert werden. Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Gesellschaft werden Prävention und Gesundheitsförderung immer mehr zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Land und Kommunen müssen mehr Mittel dafür bereitstellen, dass eine gesunde Lebensführung auch im Alter möglich wird. Wegen einer möglichen Mobilitätseinschränkung im Alter ist es unabdingbar, dass Angebote gesundheitsfördernder Maßnahmen jeweils im direkten Umfeld erreichbar sind.

4.2 Ambulant vor Stationär

Eines der wesentlichen Ziele der Pflegeversicherung ist die Stärkung der häuslichen Pflege nach dem Motto: "Ambulant vor stationär". Pflegebedürftige sollen möglichst lang in der häuslichen Umgebung bleiben (§3 SGB XI).Dieses entspricht auch den Wünschen der Älteren. Sie möchten damit die menschliche und sozialen Kontakte aufrechterhalten, und dadurch unabhängig bleiben.

Familien leisten bislang den weitaus größten Teil der Pflegearbeit. Pflegende Angehörige – das sind meist Frauen mit Doppel- und Dreifachbelastung durch Kinder, Beruf und Pflege – müssen sowohl finanziell als auch organisatorisch deutlich stärker entlastet werden. Dies hat vor allem durch flexible Arbeitszeiten, Kündigungsschutz während der Pflege und die Anrechnung von Pflegezeiten bei der Rentenberechnung zu erfolgen. Aber auch die

Anhebung der Pflegegeld- und Sachleistungen auf das Niveau der stationären Pflege verbunden mit einer am realen Aufwand/den realen Kosten orientierten Dynamisierung der Leistungsentgelte ist anzustreben.

Das neue Familienpflegezeitgesetz erfüllt diese Vorgaben nicht. Für die Pflege von Angehörigen können Beschäftigte ihre Arbeitszeit zwei Jahre lang bis auf 15 Stunden wöchentlich senken. Sie beziehen in dieser Zeit nur einen Teil ihres Gehaltes, müssen aber danach wieder 100% zu einem geringeren Gehalt arbeiten, um das zu viel gezahlte Gehalt auszugleichen. Größter Mangel des Gesetzes ist, dass es keinen Rechtsanspruch vorsieht; man muss sich mit seinem Arbeitgeber einigen. Genauso mangelhaft ist die mögliche Zeit von höchstens zwei Jahren. Was ist danach?

Um die Familien in der häuslichen Pflege zu unterstützen, benötigen wir einen Ausbau der wohnortnahen, quartiersbezogenen, unabhängigen Pflegeberatung durch aufsuchende Beratung und die flächendeckende Erweiterung von Pflegestützpunkten und andere Beratungsstellen nach bundesweit einheitlichen Standards. Ferner wollen wir eine bessere Verzahnung und Vernetzung präventiver, medizinischer, pflegerischer, rehabilitativer und sozialer Angebote.

5. Aktionsplan

5.1 Altersbilder haben Auswirkungen auf das Zusammenleben der Generationen und auf die Lebenschancen älterer Menschen. Altersbilder haben damit großen Einfluss auf die persönliche und gesellschaftliche Wahrnehmung der Älteren. Ziel muss es sein, positive Altersbilder zu etablieren. Wir fordern daher:

- mehr mediale Aktionen, durch welche die Fähigkeiten und die Leistungen der Älteren dargestellt und entsprechend gewürdigt werden.
- den Ausbau gesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten.

5.2 Arbeit kann in jedem Alter erstrebenswert und befriedigend sein. Wir fordern daher:

- Das Recht auf Ruhestand muss gewahrt werden ohne das Recht auf Arbeiten über das Ruhestandsalter hinaus zu beschneiden.
- Arbeit muss auf die Lebensphasen Rücksicht nehmen. Im höheren Alter ist man nicht weniger, sondern anders leistungsfähig; dies muss bei der Gestaltung des Arbeitsplatzes berücksichtigt werden.

- die Förderung der Potentiale älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Weiterbildung; Weiterbildungsmaßnahmen sind für alle Altersgruppen von nachhaltiger Bedeutung.

5.3 Eine aktive Lebensgestaltung im höheren Alter hat positive Auswirkungen auf die Gesundheit und die Eingebundenheit in die Gesellschaft. Es müssen Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir fordern daher:

- Barrierefreiheit im Alltag; sie ist Voraussetzung für Mobilität und eine altersgerechte Infrastruktur.

- Teilhabe funktioniert auch über das Internet. Auch in diesem Bereich müssen Barrieren für ältere Bürgerinnen und Bürger abgebaut werden.

- Eine verstärkte Anerkennung und Förderung des Ehrenamtes allgemein und der ehrenamtlichen Tätigkeit von Vereinen und Vereinigungen im Besonderen, die sich um Belange der Älteren kümmern (wie z. B. die Landesseniorenvertretung Bayern).

- behindertengerechte Anpassung der Wohnstandards; die Mittel für das KfW-Programm "Altersgerecht umbauen" müssen erhöht werden.

- quartiersbezogene Angebote für Sport und Freizeitgestaltung, um gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen.

5.4 Der wirtschaftliche Aufwand für Pflegeleistungen wird in Zukunft deutlich steigen. Daher fordern wir:

- die Ausbildung zum Kranken- oder Altenpfleger muss für Auszubildende kostenfrei sein.

- bereits in der Ausbildung unserer Ärzte muss ein stärkeres Gewicht auf die Bereiche Gerontologie und Geriatrie gelegt werden. Die Schaffung neuer Lehrstühle gerade in der Geriatrie ist unabdingbar für Forschung und Lehre in Deutschland.

- den flächendeckenden Ausbau von mobilen Reha-Teams; diese sorgen für quartiersbezogene Unterstützung und ermöglichen den Verbleib in der eigenen Wohnung; darüber hinaus tragen sie zur Pflegefallvermeidung bei.

- eine Stärkung der Nachbarschaftshilfe, vor allem auch im hauswirtschaftlichen Bereich.

- eine bessere Verzahnung der nachstationären Versorgung für einen reibungslosen Übergang in die häusliche Umgebung; hierfür muss die Stellung der Haus- und Familienpfleger, gestärkt werden.

- Präventive und gesundheitsfördernde Maßnahmen müssen regelmäßig und wohnortnah angeboten werden.

6. Zusammenfassung

Positive Altersbilder sind die Grundvoraussetzung für ein aktives Altern. Die persönliche und die gesellschaftliche positive Wahrnehmung des Alters führt zu mehr Lebensqualität der Älteren und schafft die Basis für eine Gesellschaft, in der niemand an den Rand gedrängt wird. Momentan haben wir dieses Ziel noch nicht erreicht. Zum Teil wird Alter, besonders in der Arbeit, immer noch als negativ wahrgenommen. Der ältere Mensch gilt als weniger leistungsfähig und bekommt damit einen geringeren Stellenwert. Diese Betrachtung des Menschen unter rein ökonomischen Gesichtspunkten muss geändert werden. Der Mensch, egal welchen Alters, lässt sich nicht über seine Arbeitsleistung definieren. Das Alter ist vielseitig und facettenreich und diese Diversität muss betont werden.

So notwendig Maßnahmen in der Gesundheitsversorgung, der Pflege oder einer angemessenen Altersversorgung sind, es sind keine Maßnahmen, die primär die Wahrnehmung des Alters positiv beeinflussen. Sie zeigen Ältere nur als Leistungsempfänger. Positive Altersbilder entstehen nur über die Partizipation der Älteren in allen Bereichen der Gesellschaft. Partizipation und eine damit einhergehende Transformation der Altersbilder setzen aber Freiheit und Eigenverantwortung voraus. Den Menschen mehr Entscheidungsfreiheit über ihr Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zu geben, ist ein Zugewinn an Freiheit und Verantwortung. Das Recht jedes einzelnen auf Ruhestand und eine angemessene Altersversorgung ist dabei genauso zentral, wie die Möglichkeit eines längeren Verbleibs im Berufsleben. Der Zwang, über seine anerkannte Lebensleitung hinaus aus finanziellen Gründen arbeiten zu müssen, ist in gleichem Maße abzulehnen, wie der Zwang, nicht mehr arbeiten zu dürfen.

Das Aufbrechen von stereotypen Altersbildern schafft Lebensqualität für die Älteren und bereichert die Gesellschaft im Ganzen. Es sorgt für mehr Freiheit und damit die Möglichkeit zur individuellen Entfaltung und gesellschaftlicher Partizipation. So können die Leistungen älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger besser in die Gesellschaft einfließen mit dem gleichzeitigen Rückkoppelungseffekt eines positiven Altersbildes.